

Kreistag Saale-Orla: Diskussion um Geld und Gebietsreform

Kreistag Saale-Orla debattiert gut zweieinhalb Stunden, bevor der Kreishaushalt 2017 beschlossen wird - 14. Februar 2017 / 02:48 Uhr

In der Kreisverwaltung in Schleiz sowie in der Außenstelle in Pößneck soll je ein neuer Kassenautomat angeschafft werden.

Schleiz. Der Kreistag Saale-Orla hat am Montagnachmittag mehrheitlich den diesjährigen Kreishaushalt mit einem Gesamtvolumen von 120,8 Millionen Euro beschlossen. Die gut zweieinhalbstündige Diskussion über geplante Einnahmen und Ausgaben wurde von Gegnern und Befürwortern der von der rot-rot-grünen Landesregierung geplanten Gebietsreform zu einem Schlagabtausch genutzt.

Landrat Thomas Fügmann (CDU) sagte, dass es dem Landkreis gelinge, die von den Kommunen zu zahlende Kreisumlage mit 48,028 Prozent zum dritten Mal in Folge stabil zu halten. Und dass, obwohl die Ausgaben vor allem im Bereich Jugend und Soziales erneut steigen, aber durch die Kürzung des Kommunalen Finanzausgleiches nicht entsprechend gegenfinanziert werden.

"Ich bin stinksauer über die Haltung des Landes Thüringen, das von den 500 Millionen Euro Steuerüberschüssen kein 100-Euro-Programm auflegen will, wie es SPD-Landräte gefordert hatten", sagte Fügmann. Mit Blick auf den bis 2020 geltenden Finanzplan und die angestrebte fallende Pro-Kopf-Verschuldung stand für ihn fest, dass der Saale-Orla-Kreis gut aufgestellt sei und es keinen Grund gäbe, um ihn in Frage zu stellen. "Hände weg von bewährten Strukturen", sagte er.

Der Saale-Orla-Kreis leiste sich auch freiwillige Leistungen wie die Musik- und Volkshochschule sowie die Schaugießerei Heinrichshütte und tilge zudem Schulden, unterstützte ihn CDU-Kreisvorsitzender und Landtagsabgeordneter Stefan Gruhner.

"Welche Synergieeffekte?"

"Es ist mitnichten so, dass das Land auf den Mehreinnahmen sitzen bleiben will. Neben dem Schuldenabbau planen wir ein kommunales Hilfsprogramm für 2017/18 in Höhe von 50 Millionen Euro", sagte Ralf Kalich, auch Linke-Landtagsabgeordneter. Regine Kanis (SPD) und Dieter Rebelein (Linke) entgegneten, dass die Verwaltungs-, Funktional- und Gebietsreform auch Synergieeffekte bringen werde. Da platzte dem Landrat der Kragen: "Dann sagen Sie doch klipp und klar, welche Synergieeffekte es geben wird." Fügmann nannte ein Negativbeispiel aus dem benachbarten Vogtlandkreis, wo nach der Gebietsreform ein neues Landratsamt in einem früheren Kaufhaus in Plauen für 52 statt ursprünglich geplant 17 Millionen Euro entstanden ist.

Wolfgang Kleindienst (UBV) kritisierte, dass zwar der Kreisumlagesatz gleich bleibe, jedoch müssten die meisten Städte und Gemeinden in Summe mehr Kreisumlage zahlen, da sie ihre Hebesätze für Grund- und Gewerbesteuern auf Nachdruck des Landes ein zweites Mal angehoben haben. Kleindienst forderte die Landesregierung auf, ihre Wahlversprechen einzulösen und die Kommunen finanziell besser auszustatten.

Er werde sich nicht dem üblichen Lobes-Chor der Kreistagsfraktionen an die Mitarbeiter der Kämmererei anschließen. Immerhin würden sie für das Erstellen des Haushaltsplanes bezahlt, meinte UBV-Fraktionsvorsitzender Andreas Scheffczyk. Jedoch lobte er Philipp Unger vom Fachdienst Finanzen dafür, weil er der UBV-Fraktion offene Fragen in kürzester Zeit verständlich erklärte, so auch auf eine Mail am gestrigen Montag. Das nutzte Scheffczyk, um mit zwei Änderungsanträgen zum Haushaltsplanentwurf für jede Menge Diskussion zu sorgen. So wollte er unter anderem dem Berufsbildungszentrum 31 000 Euro für Neuanschaffungen zubilligen und den Betrag der Schulverwaltung um 10 000 auf 32 000 Euro erhöhen, mit dem Schulen Anschaffungen bis zu 410 Euro vornehmen könnten. Gegenfinanzieren wollte er das mit der Ende 2016 vereinnahmten Nachzahlung der Volkssolidarität für die Betriebskosten im Schulteil Pöbneck des Staatlichen Berufsbildungszentrums.

Doch dieses Geld hatte Kämmerer Unger, der sein geplantes Erziehungsjahr nicht antrat, um anstelle der erkrankten Fachdienstleiterin Katrin Weiß den Kreishaushalt aufzustellen, bereits für andere Dinge verplant. Um Leasingkosten zu sparen, sollen die beiden verschlissenen Kassenautomaten in der Kreisverwaltung in Schleiz und in der Außenstelle in Pöbneck durch den Kauf neuer Automaten ersetzt werden. Als Landrat Fügmann nach einer Pause, die der Finanzausschuss zur Beratung nutzte, vorschlug, Scheffczyks Forderungen durch überplanmäßige Ausgaben zu untersetzen, lehnte das der Kreistag mehrheitlich ab. Der Haushalt wurde dagegen mit 26 Ja- und acht Nein-Stimmen bei sechs Enthaltungen beschlossen.

Keine Zusatzkosten nach Asylbewerberheimbrand

Vize-Landrat Jürgen Hauck (CDU) sagte auf Anfrage von Wolfgang Kleindienst, dass er nicht davon ausgehe, dass sich der Brand im Asylbewerberheim in Neustadt mit einem Sachschaden von rund 100 000 Euro auf den Kreishaushalt niederschlagen werde. "Ich gehe davon aus, dass der Schaden versicherungsrechtlich gedeckt ist", so Hauck. Das Gebäude gehöre einem älteren Ehepaar aus Heilbronn, Mieter sei das DRK. Der Asylstatus des afghanischen Tatverdächtigen sei noch nicht geklärt gewesen. Ob dieser nun abgeschoben werde, da "müsste ich eine Kristallkugel haben", sagte Jürgen Hauck auf eine weitere Nachfrage von Wolfgang Kleindienst.

Peter Cissek / 14.02.17